Privat-Kitas klagen gegen die Stadt

Der Dachverband Bayerischer Träger für Kindertageseinrichtungen (DBTK) klagt gegen die Stadt – wegen Ungleichbehandlung. Nach wie vor gibt es für die meisten Eltern, deren Kinder private Kitas besuchen, keine Beitragsentlastungen. Zu Unrecht, sagen die Kläger, zwei Verfassungsrechtler – und Betroffene.

VON BARBARA NAZAREWSKA

Jana Wolf (40) mit Sohn Leonard (3). Sein Kindergartenplatz kostet 650 Euro im Monat. Wolfs Tochter ist fünf Monate alt, die Krippensuche läuft bald an. FOTOS: ACHIM SCHMIDT

Von einer „eklatanten Ungleichbehandlung Münchner Eltern“ sprechen Vertreter des Dachverbandes Bayerischer Träger für Kindertageseinrichtungen (DBTK). Seit Ende 2018 diskutieren sie mit der Stadt – bislang ohne Ergebnis. Jetzt klagen sie. Die Untätigkeitsklage eines Trägers, stellvertretend für alle anderen, ist fertig.

Denn während die Stadt seit 1. September 2019 einem Großteil der Eltern die Kita-Gebühren erlässt, muss rund ein Fünftel für die Betreuung immer noch viel Geld zahlen: weil die Kinder weder eine kommunale Kita besuchen noch eine Einrichtung, die der „Münchner Förderformel“ unterliegt; einem Zuschusssystem, das den Einrichtungen unter anderem Öffnungszeiten vorschreibt. Dabei hatten viele betroffene Eltern bei der Kita-Wahl gar keine Alternative: Die Stadt stellt zu wenig Plätze bereit.

Zwar hat der Stadtrat in seiner Sitzung am Mittwoch signalisiert, dass er nun doch einlenken und die Entlastungen allen Münchner Eltern gewähren wolle. Doch einen Beschluss gibt es nach wie vor nicht. Der komme erst Ende Mai, heißt es.

„Man wollte und will die Beschlussfassung bewusst erst nach der Kommunalwahl am 15. März herbeiführen“, sagt Andreas Lorenz, Geschäftsführer des DBTK. „Die Klage muss deshalb eingereicht werden, uns bleibt nichts anderes übrig.“

Die Stadt habe seit Ende 2018 Zeit gehabt, besagte Kosten klar zu beziffern – in der Stadtratssitzung hieß es aber weiterhin: „Die Umsetzung der Gebührenfreiheit ist komplex.“ Es sei vor allem unklar, mit welchen weiteren Kosten die Miteinbeziehung aller Kindergartenkinder verbunden sei. Laut Lorenz gehe es aber hier nicht nur um Kindergartenkinder – sondern insbesondere auch um Krippenkinder, wo die Entlastung pro Kind und Monat etwa gut dreimal so hoch ausfallen dürfte: nämlich in Höhe von rund 280 Euro. Der DBTK vertritt dutzende Träger. „Etwa ein Viertel aller Krippen- und Kindergartenplätze in München werden von Mitgliedern unseres Verbandes gestellt“, sagt Lorenz. Die Stadt ist offensichtlich auf diese Betreuungseinrichtungen angewiesen. Die Nachfrage steigt stetig, und viele Eltern gehen bei der Krippen- und Kinderplatzvergabe im „Kita-Finder“ leer aus. Dabei gibt es einen Rechtsanspruch. Diese Eltern sind dann gezwungen, sich Alternativen zu suchen. Kostspieligere Alternativen – unabhängig von ihrem tatsächlichen Gehalt. Überspitzt lässt sich sagen, dass nach der aktuellen Regelung auch Gutverdiener gegenüber weniger Gutverdienenenden bevorzugt werden – weil sie das Glück hatten, einen Kita-Platz in einer kommunalen Einrichtung zu bekommen. Oft reicht es dafür schon aus, im richtigen Stadtteilen zu wohnen – wo dann mehr Plätze auf weniger Kinder kommen.

Dass dies ungerecht sei, bescheinigen inzwischen zwei Gutachten renommierter Verfassungsrechtler, die der DBTK in Auftrag gegeben hatte. Sowohl Prof. Martin Burgi von der Ludwig-Maximilians-Universität als auch Prof. Reinhard Wabnitz, ehemaliger Ministerialdirektor im Bundesfamilienministerium, kommen – vereinfacht ausgedrückt – zu dem Schluss, dass das Vorgehen der Stadt München gegen mehrere Rechtsprinzipien verstoße. Den betroffenen Eltern geht es dabei freilich nicht darum, dass die Stadt ihre – teil sehr hohen – Kita-Beiträge komplett übernimmt. Sie wollen nur im gleichen Maße entlastet werden wie alle anderen Eltern.

Lorenz sieht auch die Versorgung gefährdet: „Die privaten Träger werden durch das städtische Vorgehen in ihrer Existenz bedroht und faktisch aus dem Markt gedrängt. Der Beitragsunterschied zu den städtisch geförderten Einrichtungen hat sich massiv erhöht.“ Viele Eltern könnten sich diese Gebühren einfach nicht leisten.

Sebastian Gmeinder (39)
Teamleiter aus München:
„Mein Sohn ist seit September in der Kita. Wir zahlen 500 Euro, weil es sich um eine betriebliche Einrichtung handelt und wir großzügig interne Zuschüsse kriegen. Bevor wir überhaupt seinen Namen wussten, haben wir ihn schon auf Wartelisten gesetzt – und keinen städtischen Platz bekommen.“

Bettina Sturm (39)
Anwalts-Fachangestellte:
„Mein Kind ist 18 Monate alt. Für vier Tage in der Kita zahlen wir knapp 1100 Euro! Da fragt man sich, ob sich arbeiten überhaupt lohnt. Ich wünsche mir eine Unterstützung für alle, die einfach keinen städtischen Platz bekommen haben. Wir haben keine einzige Rückmeldung gekriegt!“ UMFRAGE: S. SCHNEIDER

Heiko Müller (46)
Sounddesigner aus München
„Mein Sohn ist in einer privaten Krippe, die die Auflagen für die Münchner Förderformel nicht erfüllt. Wie zu wenig Schließtage – was für Eltern ja sogar positiv ist. Es war extrem schwer, überhaupt einen Platz zu bekommen. Jetzt zahlen wir 1250 Euro – dafür muss meine Partnerin Volzeit arbeiten.“

IN KÜRZE

Sorge um günstige Wohnungen

Was kann die Stadt tun, um bezahlbaren Wohnraum in Anlagen der Eisenbahner-Genossenschaften dauerhaft zu sichern? Das will die SPD-Stadtratsfraktion wissen. In einem Antrag fordern die Genossen zudem Auskunft darüber, „wie viele Eisenbahner-Genossenschaftswohnungen es in München gibt und wie viele dieser Wohneinheiten potenziell durch Grundstücksverkäufe, u.a. aufgrund auslaufender Erbbaurechtsverträge, betroffen sind“. Viele Münchner lebten schon ihr ganzes Leben in Wohnungen der Eisenbahnergenossenschaften, hießt es zur Begründung. Noch seien nicht alle auslaufenden Erbbaurechtsverträge verlängert worden. mm

Umwelttag an Münchner Schulen

Einen stadtweiten Umwelttag an den Münchner Schulen wünscht sich die CSU-Stadtratsfraktion. Der Tag, so heißt es in einem Antrag, könne „für koordinierte Aktionen“ genutzt werden, die dem Umwelt- oder Klimaschutz dienen. Als Beispiele nennt der Antrag „organisierte Aufräumaktionen (‚Rama dama‘) in Stadtparks oder Aufklärungs- und Informationskampagnen“.
Das Umweltbewusstsein der Münchner Schüler sei sehr ausgeprägt und die jungen Leute seien auch bereit, selbst etwas für die Umwelt zu tun, heißt es zur Begründung. Diese Bereitschaft solle nicht nur von privaten Initiativen genutzt, sondern auch von den Schulen aufgegriffen und in einem stadtweiten Umwelttag kanalisiert werden. So könne man zeigen, dass das Engagement „auch auf staatliches Interesse trifft“.

ANZEIGE

Schuhe, Mode und Accessoires auf mehr als 3000 Quadratmetern – am 27. Februar eröffnet Mücke seine neue Filiale im Einstein-Center in München. Foto: Mücke

Mücke eröffnet neuen Standort in München

Eines der größten Schuh- und Modehäuser Bayerns kommt nach München: Mücke eröffnet am Donnerstag, 27. Februar, offiziell seinen neuen Standort in der Landeshauptstadt München. Auf über 3000 Quadratmetern bietet das Fachgeschäft eine riesige Auswahl an Schuhen, Mode und Accessoires.

In der neuen Filiale des Unternehmens im etablierten Einstein-Center in München-Haidhausen werden mehr als 400 namhafte Marken und über 50000 Paar Schuhe für die ganze Familie angeboten. Gefeiert wird die Eröffnung mit diversen Aktionen – als Hauptpreis winkt ein Elektro-Roller. Auf alle Besucher warten tolle Überraschungen am Eröffnungswochenende. Die Geschäftsführung: „Wir, eines der größten Schuh- und Modehäuser Bayerns, sind sehr stolz darauf, eine weitere Filiale eröffnen zu können – und das in der Landeshauptstadt. Somit holen wir eine noch breitere Zielgruppe ab und stärken weiter den stationären Fachhandel.“

Seit über 65 Jahren steht Mücke in Bayern für Markenvielfalt und Stilbewusstsein. Auf großen Verkaufsflächen präsentiert das Unternehmen in seinen modernen Filialen Mode für Damen, Herren und Kinder. Ob schicke Schuhe, funktionelle Sportbekleidung oder ein komplett neues Outfit, bei Mücke werden die Kundinnen und Kunden fündig. „Wir bieten den passenden Look für jeden Anlass: von A wie Accessoires bis Z wie zeitlose Klassiker“, so das Unternehmen. Natürlich steht das Team vor Ort gerne mit Rat und Tat zur Seite.

Die Unternehmensgruppe Mücke führt von der Zentrale in Scheßlitz aus derzeit zwölf Fachgeschäfte für Schuhe, Textilien, Accessoires und Sportartikel in Bayreuth, Bischberg-Trosdorf, Forchheim, Fürth, Ingolstadt, in Kulmbach, München, Nürnberg, Regensburg, Rödental und Schweinfurt, drei Outlets in Bamberg, Fürth und Nürnberg sowie das KU13 Sneakerlabor in Kulmbach.

Zum Sortiment gehören namhafte Marken aus dem Schuh-, Sport-, Bekleidungs- und Accessoires-Bereich. In Verwaltung und Logistik sowie in den Geschäften sind rund 750 Mitarbeiter beschäftigt. Die Unternehmensgruppe Mücke gehört zur Handelskooperation ANWR GROUP eG, Mainhausen.

Mehr Informationen unter
www.schuhmuecke.de